



Schüler-Abstimmung überrascht

Von Olivier Diethelm

Die Fronten von rechts und links zur so genannten SRG-Initiative waren an der Podiumsdiskussion in der Neuen Kantonschule Aarau abgesteckt. Überraschend deutlich war aber das Abstimmungsergebnis der Schülerinnen und Schüler.

Aarau In der Aula der Neue Kantonschule Aarau wurde es am Montagmittag politisch – und stellenweise ziemlich pointiert. Thema der Podiumsdiskussion war die Volksinitiative «200 Franken sind genug!» (SRG-Initiative), über die am 8. März abgestimmt wird. Organisiert wurde der Anlass vom politisch neutralen Verein Discuss it, der Jugendliche für Politik begeistern will. Dass Politik durchaus auch unterhaltsam sein kann, zeigte sich rasch. Moderator Oliver Padovan begrüßte die Aargauer Nationalräte Andreas Glarner (SVP) und Irène Kälin (Grüne) sowie Nando Suter, Gemeinderat aus Reitnau (Die Mitte) und führte souverän durch die Diskussion. Der angekündigte SVP-Nationalrat Christian Glur fehlte krankheitsbedingt – was der Schlagzahl der Wortmeldungen jedoch keinen Abbruch tat.

Kein buchhalterischer Entscheid Gleich zu Beginn ging es ans Eingemachte: Spare die SRG zu wenig und breite sie sich im Medienmarkt zu stark aus? Kälin verneinte und verwies darauf, dass bereits gespart werde und der Bundesrat die Gebühren ja senken wolle. Zudem sei die Schweizer Medienlandschaft in den letzten Jahren eher geschrumpft als gewachsen. Wer eine Schwächung der SRG fordere, müsse erklären, wer die

entstehenden Lücken füllen solle.

Glarner sah das naturgemäss anders. Die SRG habe «Kohle ohne Ende», erscheine mit zu viel Personal an Veranstaltungen und bezahle überrissene Löhne. Die Gebühren seien eine Zwangsabgabe für ein Angebot, das gerade junge Menschen kaum noch nutzten. Halb so viel Geld würde seiner Meinung nach locker reichen – und deutlich weniger Personal ebenfalls.

Suter nahm die Rolle des Vermittlers ein. Die SRG habe einen klaren staatlichen Auftrag. Wer diesen ernst nehme, müsse auch die Finanzierung sichern. Ein Blick ins Ausland zeige, dass gut ausgestattete öffentlich-rechtliche Medien häufig mit stabilen demokratischen Strukturen einhergingen. An der SRG zu sparen, sei deshalb kein rein buchhalterischer Entscheid, sondern eine staatspolitische Frage.

Eine erste Umfrage unter den Schülerinnen und Schülern brachte eine unbequeme Wahrheit ans Licht: Klassische Zeitungen spielen im Alltag der Jugendlichen kaum noch eine Rolle. Sie informieren sich primär über Social Media und News-Apps. Auch das lineare Fernsehen steht nicht gerade zuoberst auf der Hitliste.

Einseitig oder ausgewogen?

Im zweiten Themenblock ging es um Qualität und Ausgewogenheit. Ist die SRG Bollwerk gegen Fake News – oder selbst Teil des Problems? Glarner warf ihr mangelnde Neutralität vor; Korrespondenten liessen ihre persönliche Haltung einfließen. Kälin hielt dagegen und verwies auf Studien, die der SRG eine hohe Ausgewogenheit attestierten. Im Vergleich zu manchen privaten Medienhäusern sei sie eines der unabhän-

gigsten Angebote im Land. Suter zeigte sich realistischer: Hundertprozentige Neutralität gebe es nicht. Entscheidend sei, dass der Anspruch auf Ausgewogenheit ernst genommen werde – und genau das tue die SRG.

Die Jugendlichen erklärten in einer weiteren Abstimmung, sie bildeten sich ihre Meinung vor allem im Gespräch mit Freunden oder Familie sowie über soziale Medien. Allerdings würden Informationen oft über etablierte Medien gegengecheckt. Abgeschrieben ist die SRG also selbst bei der TikTok-Generation nicht.

Service public darf etwas kosten

Beim Thema Sparpotenzial wurde es konkret. Glarner nannte SRG-Unterhaltungsformate wie etwa «Shaolin Challenge» als entbehrlich und stellte die Zahl von über 7000 Stellen infrage. Für ihn ist klar: Der «überfette Laden» müsse abspucken. Selbst mit 850 Millionen Franken – dem Budget bei Annahme der Initiative – könne man problemlos ein ähnliches Angebot produzieren.

Suter stimmte zu, dass es Diskussionsbedarf bei einzelnen Formaten gebe. Obwohl klar dagegen, begrüßte er die Initiative sogar insofern, als sie eine Debatte über den Kernauftrag auslöse. Doch neben News gehörten auch Kultur- und Nischenangebote zum Service public. Nicht alles müsse Quotenrenner sein. Kälin griff zu einem eingängigen Vergleich: Der Service public sei wie ein Postauto, das auch in abgelegene Täler fahre. Es rechne sich vielleicht nicht, sei aber für den Zusammenhalt unverzichtbar – gerade in einem viersprachigen Land mit direkter Demokratie. Wer ständig vom nationalen Zusammenhalt spreche, müsse auch bereit sein, ihn zu finanzieren.

Aarauer Nachrichten
 8021 Zürich
 071 913 47 03
<http://www.aarauer-nachrichten.ch/>

Medienart: Print
 Medientyp: Tages- und Wochenmedien
 Auflage: 21'240
 Erscheinungsweise: wöchentlich



Seite: 1
 Fläche: 56'350 mm²

Auftrag: 3020079
 Themen-Nr.: 320007
 Referenz:
 c64ff2fc-f044-489d-bb57-c67b29d2ea7b
 Ausschnitt Seite: 2/2

Mehr Werbung als Ausweg? Für Kälin keine Option: Das würde private Medien zusätzlich unter Druck setzen und die Unabhängigkeit gefährden. Glarner hielt mit den aktuellen Zahlen dagegen: 1,25 Milliarden Franken Gebühren plus 210 Millionen Werbeeinnahmen – genug Spiel-

raum, um effizienter zu wirtschaften.

Und zum Schluss...

In den Schlussworten blieben die Fronten klar. Glarner sprach von einer Zwangsgebühr für einseitige Information und forderte eine Halbierung. Suter betonte die demokratische Bedeutung des öffentlichen

Rundfunks. Kälin verteidigte einen marktunabhängigen Service public, der alle Sprachregionen und Bevölkerungsschichten erreiche.

Zum Abschluss stimmten die Schülerinnen und Schüler per Handy über die Initiative ab. Das Resultat fiel überraschend deutlich aus – nicht zur Freude der Initianten.



In der Aula der Neuen Kantonsschule Aarau diskutierten (von links) der Aargauer SVP-Nationalrat Andreas Glarner, Moderator Oliver Padovan, Nando Suter (Gemeinderat Reitnau, Die Mitte) und die Aargauer Grüne-Nationalrätin Irène Kälin.

Olivier Diethelm